

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung

Verlagspreis: Monatsabonnement R.-M. 1.75 einschließlich
Zustellungs-Gebühren. Erscheint täglich werktags.

Samstags-Post—Homburger Lokalblatt

Telefon 2707

Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. H., Luitpoldstraße 26

Anzeigenpreise: Die sechsgehaltene 3 mm breite Klein-
zeile kostet 15 Hg., auswärts 20 Hg., im Kleinzeilen-
satz 30 mm breit 50 Hg. — Die Einzelnummer 10 Hg.

Postfachkonto: Frankfurt am Main 39 864.

Nr. 290

Donnerstag, den 11. Dezember 1930.

5. Jahrgang.

Im Westen Berlins — doch Neues

Nationalsozialistische Demonstrationen gegen den Remarque-Film.
Goebbels spricht. — Um Mitternacht. — Ein Abgeordneter festge-
nommen. — Der Reichspräsident soll helfen. — Eine Maßnahme
des Berliner Polizeipräsidenten. — Die Länder gegen den Film.

× Berlin, 10. Dezember.

Gegen die Aufführung des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ hat es seit über einer Woche allabendliche Demonstrationen in Berlin gegeben. Einen besonders großen Umfang nahmen sie am Dienstagabend an, wo sich auf dem Wittenberg-Platz mehrere Tausend Demonstranten eingefunden hatten. Gegen 10 Uhr erschien der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels mit weiteren 84 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten. Als Erster sprach der S.-S.-Führer Reichstagsabgeordneter Himmler (München), der in scharfen Worten gegen die Weiteraufführung des Films „Im Westen nichts Neues“ Stellung nahm. Dr. Goebbels wandte sich in seinen Ausführungen besonders gegen die Aktion der Polizei. Eine gefährliche Situation entstand am Schluß der Kundgebung, gegen 10 Uhr, durch das plötzliche Erscheinen eines Feuerwehrgesetzes. Die Demonstranten glaubten, daß die Polizei die Feuerwehr zu Hilfe herangezogen habe, da auch bereits am Rollendortplatz das neue Wasserfahrzeug der Polizei bereitstanden hatte und empfingen die Feuerwehr mit großem Jubel und Pfiffen. Die Demonstranten nahmen gegen die Feuerwehr, die nach dem Hause am Wittenberg-Platz 5, vor dem die Demonstranten dicht gedrängt standen, alarmiert war, eine feindliche Haltung ein. Es stellte sich aber heraus, daß es sich um einen blühenden Alarm handelte, und es gelang nach kurzer Zeit, über der aufgeregten Menge Aufklärung zu geben. Kurz nach 11 Uhr formierte sich ein Demonstrationstrupp, der sich durch die Hasenburger- nach der Kugsburger Straße bewegte. — Auch am Kugsburger-Platz und auf dem Fehrbelliner-Platz fanden nationalsozialistische Kundgebungen gegen den Film statt.

Mitternächtliche Kundgebungen.

Gegen 12 Uhr nachts traf Dr. Goebbels mit seinem Auto am Knie ein, von den Tausenden von Nationalsozialisten mit Pfifffüssen empfangen. In seiner Ansprache erklärte Dr. Goebbels, daß die Nationalsozialisten die Nacht mit legalen Mitteln erringen würden.

Dr. Goebbels wies darauf hin, daß am Donnerstag die Entscheidung darüber fallen werde, ob der Film weitergeführt wird oder nicht. Wird der Film weitergeführt, so werde man mit noch größerer Energie die Demonstrationen wiederholen, solange, bis der Film verschwinde. Schließlich forderte der Redner die Anwesenden auf, eiserne Disziplin zu halten und sich nicht zu Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen. Mit einem dreifachen Heilruf auf den Nationalsozialismus, der von den Massen mit einem gleichen Heilruf auf Goebbels beantwortet wurde, schloß die Kundgebung am Knie.

Kurz nach Mitternacht, nachdem der erste Demonstrationstrupp der Nationalsozialisten sich am Knie aufgelöst hatte, erschien ein weiterer Demonstrationstrupp von mehreren tausend Personen, voran Dr. Goebbels eine zweite Ansprache hielt. Vor der Ansprache wurde ein Auto des Ueberfallkommandos von den Demonstranten mit faulen Eiern und faulstinken Pflastersteinen beworfen. Der Befehlshaber des Autos ließ die Mannschaft absteigen und gegen die Angreifer vorgehen, wobei der Gummiknüppel Anwendung fand. Als die Beamten in größere Bedrängnis gerieten, gaben sie mehrere Schreckschüsse in die Luft ab, wodurch die Auflösung eines Teiles des Zuges bewirkt wurde. Nach der Rede von Dr. Goebbels löste sich auch der zweite Demonstrationstrupp auf und es trat im allgemeinen Ruhe ein.

Ein Abgeordneter zwangsgestellt.

Bei einer dieser Kundgebungen ist der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Fabricius zwangsgestellt worden. Hierzu erfahren wir folgende Einzelheiten: Auf der Kleiststraße war ein Auto reifen gepflastert, und die Demonstranten glaubten, daß von der Polizei scharf geschossen werde.

Darauf sprach Abg. Dr. Fabricius den Kommandeur der Schutzpolizei, Heilmann, an, der zufällig in der Kleiststraße mit einigen Offizieren im Gespräch war, an, und nach einem kurzen Wortwechsel wurde der Abgeordnete zwangsgestellt, weil er den Kommandeur der Schutzpolizei wiederholt in seinen Amtshandlungen gestört hat. Um Mitternacht wurden die Sperren am Rollendortplatz zum Teil wieder aufgehoben. Auch der Wasserwagen der Polizei ist zurückgezogen worden.

Appell an den Reichspräsidenten.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Hugenberg und Dr. Oberschören, der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, haben an den Reichspräsidenten von Hindenburg im Namen der Deutschnationalen Volkspartei folgendes Telegramm gerichtet:

Dem Herrn Reichspräsidenten! Trotz des Einspruches des Reichswehrministeriums gegen den Film „Im Westen nichts Neues“, trotz der berechtigten Empörung der gesamten nationalen Bevölkerung werden die Aufführungen des Films unter ständiger Inanspruchnahme der Polizei fortgesetzt. Wir bitten den Herrn Reichspräsidenten, den Führer der in diesem Filme beschimpften Heere des Weltkrieges, den Oberbefehlshaber der jetzigen Wehrmacht durch persönliches Eingreifen diesem öffentlichen Skandal ein Ende zu machen.

Der Reichsinnenminister Dr. Wirth hat sich den viel umstrittenen Film „Im Westen nichts Neues“ in seinem Ministerium vorführen lassen. Wie die Börsenzeitung berichtet, hat der Minister es abgelehnt, den Film zu verbieten.

Demonstrationsverbot.

Der Polizeipräsident zu Berlin teilt mit: Nachdem die verschiedenen politischen Kundgebungen in den letzten Tagen trotz geringfügiger Beteiligung (in keinem Falle mehr als 6000) eine Störung der öffentlichen Ordnung herbeigeführt haben, hat der Polizeipräsident in Berlin auf Grund des Artikel 123, Absatz 2, der Reichsverfassung von Mittwoch, den 10. Dezember, ab 14 Uhr, sämtliche Kundgebungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Dieses Verbot wird bis auf weiteres aufrechterhalten mit der Ausnahme, daß eine Anzahl von Plätzen, deren Namen noch bekanntgegeben werden, für Versammlungen freigegeben bleiben.

Umzüge bleiben auch dann in jedem Falle untersagt. In den übrigen Straßen und Plätzen wird jede Ansammlung unter Umständen ohne vorherige Warnung polizeilich zerstreut.

Gegen den Remarque-Film.

Außer den Regierungen von Thüringen und Sachsen haben sich jetzt auch die Regierungen von Bayern, Württemberg und Preußen für den Widerruf der Zulassung des Films „Im Westen nichts Neues“ ausgesprochen.

daß der Freilassungsantrag für Dr. Fabricius ohne Debatte angenommen sei.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Antrages des Abgeordneten Dr. Kahl (Dsp.), wonach die bisherigen Beschlüsse des alten Ausschusses für

Strafrechtsreform

dem neuen Reichstagsausschuß überwiesen werden soll.

Abg. Dr. Kahl (Dsp.) begründet den Antrag. Er weist darauf hin, daß der alte Reichstag es veräumt habe, ein Ueberleitungs-gesetz für die Strafrechtsreform zu schaffen. Es wäre aber nicht zu rechtfertigen, wenn die wertvolle Arbeit von zwei Reichstagen für die Strafrechtsreform verloren ginge.

Der Ladenschluß am Heiligen Abend.

Es bleibt 6-12 Uhr Ladenschluß. — Gaststätten müssen um 7 Uhr schließen.

× Berlin, 11. Dezember.

Der Sozialpolitische Reichstagsausschuß trat am Mittwoch zu seiner ersten Sitzung zusammen, um sich zu konstituieren und dann die Anträge über den

Ladenschluß am Heiligen Abend

zu beraten.

Nach längerer Beratung wurde ein Antrag angenommen, wonach für offene Verkaufsstellen, auch wenn sie keine Angestellte beschäftigen, der Ladenschluß am Heiligen Abend allgemein auf 6 Uhr festgelegt wird. Bis zu einer halben Stunde nach Ladenschluß dürfen noch bereits anwesende Käufer bedient und Aufräumarbeiten geleistet werden. Dieser Beschlusse bedeutet, daß die in der bisherigen Regelung enthaltene Ausnahme für Blumen- und Genussmittelgeschäfte und für Geschäfte ohne Angestellte, die bis um 6 Uhr offen halten durften, beseitigt wird. Dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt, da Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und Christlich-Sozialisten geschlossen dafür eintraten, während die anderen Parteien nicht einheitlich stimmten. Dagegen stimmten die Wirtschaftspartei, die Deutschnationalen, das Landvolk und ein Vertreter der Deutschen Volkspartei. Weiter beschloß der Ausschuß, daß alle Gaststätten am Heiligen Abend, auch wenn sie keine Angestellten beschäftigen, um 19 Uhr schließen müssen.

Die Landesbehörden können bestimmen, daß für die Beschäftigung und Beherbergung Ortsfremder eine den Bedürfnissen entsprechende Regelung getroffen wird. Auch dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt.

Aus dem Ältesten-Ausschuß.

Berlin, 11. Dez. Im Ältestenrat des Reichstages einigte man sich darüber, daß außer den bereits auf der Tagesordnung des Reichstages stehenden Gegenständen noch folgende Angelegenheiten vor Weihnachten erledigt werden sollen: Ladenschluß am Heiligen Abend, Verlängerung der vorläufigen Regelung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung, Verlängerung der Urheberrechtsschutzfrist und die Reform der Angestelltenversicherung. Die Beratung dieser Gegenstände wird noch Reichstagsungen bis zum Freitagabend, vielleicht sogar bis zum Samstag, notwendig machen.

Präsident Loh unterbricht den Redner mit der Mitteilung, daß Dr. Fabricius schon vor dem Freilassungsbeschluß aus der Kasse entlassen worden sei.

Staatssekretär Joel vom Reichsjustizministerium spricht dem Abgeordneten Dr. Kahl den Dank dafür aus, daß er den Anstoß gegeben habe zur Wiederaufnahme der Strafrechtsreform, mit der Kahl's Name für alle Zeiten untrennbar verbunden sein werde. Das geltende alte Strafrecht sei heute naturgemäß politisch, sozial und wirtschaftlich völlig überaltert. Ein Abbruch der in den beiden letzten Reichstagen begonnenen Reformarbeit würde die bedenklichsten Folgen haben.

Abg. Muntau (Chr.-Soz.) begrüßt den Vorstoß des Abg. Dr. Kahl. Die Fortsetzung der Reformarbeit am Strafrecht sei notwendig, wenn man auch nicht allen Einzelheiten der bisherigen Ausschussarbeit zugestimmen brauche.

Abg. Dr. Löwenthal (Rom.) erklärt, wenn je einer Zeit der Ruf zur Strafrechtsreform nicht begehrt habe, so sei es die deutsche Gegenwart, in der ein faschistisches Regime sich über den Willen der Volksmehrheit hinwegsetze.

Abg. Heines (Nat.-Soz.) und mehrere andere Nationalsozialisten rufen: „Unerschämter Judenjunge!“. Sie werden dafür zur Ordnung gerufen. Von den Nationalsozialisten wird weiter gerufen: „Was geht den Juden das deutsche Recht an?“

Präsident Loh erklärt, wenn die dauernden Störungen nicht aufhörten, müsse er mit Ausweisungen vorgehen. Darauf verlassen verschiedene Nationalsozialisten den Saal, die übrigen drehen sich um, so daß sie dem Redner den Rücken zugekehrt. Als von den Kommunisten durch Zurufe auf diese Demonstranten hingewiesen wird, rufen die Nationalsozialisten: „Es riecht uns zu sehr nach Knoblauch!“. Als einziges Mitglied seiner Fraktion bleibt der nationalsozialistische Abgeordnete Stöhr mit dem Gesicht dem Redner zugewandt.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 10. Dezember.

Die Mittwochssitzung des Reichstages begann nachmittags 3 Uhr. Der Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) gegen die Verhaftung des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Fabricius, der im Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Demonstrationen gegen den Remarque-Film auf Befehl des Polizeipräsidenten Heilmann festgenommen worden ist. Er beantragt die Freilassung des Abgeordneten Dr. Fabricius. — Der sofortigen Beratung des nationalsozialistischen Antrags wird von Sozialdemokraten widersprochen. (Stürmische Pöhl-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) beantragt darauf die Vertagung der Sitzung.

Dieser Antrag wird im Himmelsprung mit 214 gegen 187 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Für die Vertagung haben mit den Nationalsozialisten auch die Deutschnationalen, das Landvolk, die Kommunisten, die Christlich-Sozialen und die Volkspartei gestimmt. Die Wirtschaftspartei hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Abstimmungsergebnis wird von den Nationalsozialisten mit stürmischem Beifall begrüßt. Ein Nationalsozialist ruft: „Rüpe werden rollen!“

Präsident Loh vertagt die Sitzung bis 16 Uhr. — Schon 20 Minuten vor 16 Uhr eröffnet Präsident Loh die Sitzung wieder. Er teilt mit, daß im Ältestenrat eine Einigung dahin erzielt sei, der sofortigen Beratung des nationalsozialistischen Freilassungsantrags nicht zu widersprechen. Präsident Loh stellt dann ohne Widerspruch fest,

Abg. Dr. Frank II (Nat.-Soz.) beginnt seine Rede mit den Worten: „Der proletarische Sozialismus hat die östliche Unverschämtheit beiseite.“

Präsident Loh ruft den Redner zur Ordnung. Der Redner wiederholt den Slogan. Präsident Loh ruft ihn nochmals zur Ordnung und macht ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. Die Kommunisten erzeugen durch „Habarber-Gemurmel“ Unruhe, in der die weiteren Ausführungen des Redners nur sehr schwer zu verstehen sind.

Abg. Wegmann (Zentr.) beschränkt sich auf die kurze Bemerkung, daß das Zentrum gegen die bisherige Reformarbeit starke Bedenken habe, aber der Ausschussüberweisung nicht widersprechen wolle. Die bayerische Volkspartei nehme die gleiche Haltung ein.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) nimmt dann das Wort, worauf die meisten Nationalsozialisten den Saal verlassen.

Abg. Dr. Goebbels ruft im Saal: „Was hat dieser Jude im Deutschen Reichstag zu suchen?“

Präsident Loh ruft den Abgeordneten Dr. Goebbels zur Ordnung.

Abg. Dr. Rosenfeld stimmt dem Antrag Rahl zu, verlangt aber, daß im neuen Strafgesetzbuch die Todes- und die Zuchthausstrafe verschwinden. Bei weiteren Ausführungen des Redners entsteht großer Lärm.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Beder macht laute Zurufe und geht dann drohend gegen einige Abgeordnete von links vor.

Präsident Loh weist ihn wegen Bedrohung von Abgeordneten aus dem Saal und ruft den nationalsozialistischen Abgeordneten Bredner wegen beschimpfender Zurufe zur Ordnung.

Abg. Beder verläßt den Saal.

Abg. Dr. Rahl (DVP.): Ich verzichte auf ein weiteres Schlusswort mit Rücksicht auf den Tiefstand der Diskussion. Wären die beiden Parteien rechts und links konsequent, so würden sie verzichten auf die Mitwirkung an einem neuen Strafgesetzbuch, und wenn sie verzichten, dann bin ich überzeugt, wird auch ein gutes deutsches Strafgesetzbuch zustandekommen. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Der Antrag Rahl wird hierauf gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen dem Strafrechtsausschuss überwiesen.

Dann wird die gestern abgebrochene Aussprache über das

Pensionsfürsorgegesetz

fortgesetzt.

Abg. Reinhold (D. Stp.) erklärt, seine Partei stehe fest auf dem Boden des Berufsbeamtenrechts und werde keinem Gesetz zustimmen, das diesem Boden verleihe.

Abg. Rude (DVP.) hält es für notwendig, im Ausschuss aus der Vorlage die jetzt darin enthaltenen Härten und Ungerechtigkeiten zu entfernen.

Abg. Gerner (Landvolk) bezeichnet in einer kurzen Fraktionserklärung eine Kürzung der Pensionen als notwendig. Der Ueberweisung des Entwurfs an den Haushaltsausschuss stimmt er zu.

Abg. Gehr (Zentr.) richtet heftige Angriffe gegen die Wirtschaftspartei, die ihre Beamtenfeindschaft mit dem bekannten „Nadeln- und mit verschiedenen Agitationsreden bewiesen habe. Der Gegensatz zwischen der Agitation gegen die hohen Pensionen und der Haltung zu diesem Gesetz zeige sich auch bei den Nationalsozialisten und Deutschnationalen. (Rufe rechts: „Abenauer!“)

Um 20¼ Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag 13 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge zum Ladenschluss am Weihnachts-Heiligabend.

Anträge im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Kartell- und Monopolegesetzes als Initiativantrag eingebracht. In dem Gesetz wird die Kartellauflösung über Kartelle, monopolistische Konzerne und monopolistische Einzelunternehmungen festgelegt. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat eine Interpellation eingebracht, in der an einen früheren Reichstagsbeschluss erinnert wird, der die Regierung ersuchte, die wirtschaftlichen Betriebe des Reichs und der ihm unterstehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten mit Ausnahme der gemeinnützigen öffentlichen Versorgungsbetriebe auf das untertänigste Mindestmaß zu beschränken. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion protestierte in einer Interpellation gegen das preussische Verbot der Zugehörigkeit von Beamten zur Nationalsozialistischen Partei.

Haushaltsausschuss des Reichstags.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags nahm am Mittwoch früh die Verteilung der Referate über die einzelnen Haushalte des Staats 1931 vor, der ihm vom Plenum am Samstag zur Weiterberatung überwiesen worden ist. Im übrigen standen auf der Tagesordnung nur kleinere Vorschläge, darunter die Änderung des Postfinanzgesetzes, wonach künftig der Anteil der Reichskasse nicht mehr nach dem Gewinn, sondern nach den Bruttoeinnahmen der Reichspost berechnet werden soll. Es folgte die Beratung des Sonderfonds des Auswärtigen Amtes bezüglich der Umzugskosten.

Ministerialdirektor Röhler (Auswärtiges Amt) wies darauf hin, daß der Angelpunkt aller Umzugskosten darin liege, daß die Gebäude für die Missionen des Reichs nicht möbliert seien. Infolgedessen sei jeder neuverwandte und verwendete Vorkäufer, Gefährte, Konfuzi usw. gezwungen, mit seinen eigenen Möbeln die Gebäude auszustatten. Die Umzugskosten liegen sich wesentlich herabmindern, sobald das Reich dazu ginge, die Missionsgebäude mit reichseigenen Möbeln auszustatten.

Der Ausschuss kam nach einer Ansprache dahin überein, zunächst keine Beschlüsse zu fassen, sondern am Freitag im Beisein des Reichsbauministers die Sache weiter zu verhandeln.

Der Lohnkonflikt der Bankangestellten vor dem Reichsarbeitsministerium.

Berlin, 11. Dez. Im Reichsarbeitsministerium begannen heute vormittag unter dem Vorsitz des Richters Professor Dr. Brahn die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonfliktes im Berliner Bankgewerbe. Vom Arbeitgeberverband sind bekanntlich die Gehaltsstarke für die Berliner Bankangestellten zum Zweck eines Abbaues gefordert worden. Die Verhandlungen, die zwischen dem Reichsarbeitsverband der Bankleitungen und den am Tarifvertrag beteiligten Angestelltenorganisationen stattgefunden haben, sind gescheitert, da sich die Angestelltenvertreter gegen den beschlossenen Gehaltsabbau in Höhe von 11 Prozent zur Wehr setzten. Heute haben die Parteien im Reichsarbeitsministerium zunächst ihren grundsätzlichen Standpunkt dargelegt. Nach den Darlegungen der Parteien wurde dann wie üblich eine paritätische Schlichtungskammer gebildet, die den Schiedsspruch zu fällen hat.



Praktisches Weihnachtsgeschenk:

MAGGI Würze · MAGGI Suppen in Würfeln · MAGGI Fleischbrühwürfel

Der französische Dufreic-Standal.

Bericht des Untersuchungsausschusses der französischen Kammer.

In der französischen Kammer ist ein Auszug über die Beratungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Einführung der Enla Biscosa-Aktien an der Pariser Börse nachprüfen soll, verteilt worden. Die Enla Biscosa ist eine italienische Gesellschaft für Kunstseidenspinndruck, deren wertlose Aktien durch das Bankhaus Dufreic an der Pariser Börse eingeführt wurden. Durch den Erwerb von Biscosa-Aktien wurden zahlreiche französische Staatsbürger geschädigt, und das Bankhaus Dufreic geriet in Konkurs. Wie nun festgestellt wurde, konnte die Zulassung der Aktien an der Pariser Börse nur infolge der Bemühungen von französischen Ministern und Politikern erfolgen. Infolge dieses Standals ist schließlich das Ministerium Tardieu zusammengebrochen. Von den in der Denkschrift veröffentlichten Dokumenten sind eine Anzahl für die Beurteilung der Angelegenheit besonders wichtig.

In einem Schreiben vom 23. Juni 1926 versichert die Banque Dufreic u. a., daß die Enla Biscosa-Gesellschaft das Studium und den Abschluß von Abmachungen, die sich auf die Förderung der französischen Ausfuhr beziehen, erleichtern und fördern wolle. Dann enthält das Dokument eine Randbemerkung, wonach durch Verordnung vom 23. Juni Raoul Peret seine Zustimmung zur Zulassung von 500 000 Enla Biscosa-Aktien zu je 200 Lire an der Pariser Börse gegeben habe. Diese Randbemerkung stammt von dem Unterstaatssekretär im Finanzministerium Dubois, der zusammen mit dem Finanzminister Gailhaud die Nachfolge des scheidenden zurückgetretenen Finanzministers Raoul Peret übernahm. Dann folgte eine Anfrage des Syndikats der Pariser Börse wegen der Enla Biscosa-Aktien-Zulassung. Am 5. Mai geht von der französischen Botschaft in Rom eine Mitteilung ein, wonach sich die Lage der Enla Biscosa-Gesellschaft geändert habe und pessimistische Nachrichten im Umlauf seien, so daß es vielleicht besser wäre, die Börsenzulassung in Paris, die unter dem 23. Juni genehmigt worden war, aufzuheben.

Der Unterstaatssekretär im Finanzministerium Dubois antwortete am 8. Juli, er könne sich der Durchführung der von seinem Vorgänger getroffenen Zulassungsabstimmung nicht widersetzen. Dann findet sich unter den Akten ein Schreiben des damaligen Ministerialdirektors im Finanzministerium, Moret, wonach auf Grund eines Berichtes des französischen Handelsattachés in Rom vom 24. Juli es angebracht erscheine, die Enla Biscosa-Aktien wieder von dem französischen Markt zu streichen.

Nach diesen Schriftstücken scheint Peret, der Justizminister im Kabinett Tardieu, durch die Veröffentlichungen schwer belastet zu sein.

Politische Tageschau

Eröffnung der Brüsseler Zuckerkonferenz. In Brüssel fand die erste Vollversammlung der Vertreter der zuckerproduzierenden Länder statt. Nachdem in Amsterdam eine Einigung zwischen Kuba und Cuba über eine Stütz-Bildung bei gleichzeitiger Verringerung der Anbauflächen zum Abschluß gekommen ist, wird nunmehr in Brüssel zwischen diesen beiden Partnern und den Zuckerproduktionsländern Europas verhandelt. Auf europäischer Seite sind vertreten: Deutschland, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Belgien. Das Ziel der Konferenz besteht in dem Abschluß einer internationalen Zuckerkonvention, ähnlich wie sie vor dem Kriege bestanden hat.

Generalstreik in Valencia. Die Arbeiterschaft in Valencia (Spanien) hat den Generalstreik erklärt. Die Ausständigen durchziehen die Stadt und haben verschiedene Straßenbahnwagen angehalten. Bei einem Zusammenstoß mit der Wache wurden eine Person getötet, ein Rivigardist schwer und mehrere Personen leicht verletzt. Aus Cadix wird gemeldet, daß man auch dort mit dem Ausbrechen des Generalstreiks rechnet.

Ein Times-Urteil über die Abrüstungsdebatten. Ueber die Schlussführung der Genfer vorbereitenden Abrüstungskommission sagt der Genfer Korrespondent der „Times“: Verschiedene Reden wurden von Männern gehalten, die einen hervorragenden Anteil an den langen Erörterungen genommen haben, aber sie waren zurückhaltend in ihrer Ausdrucksweise und zeugten von der allgemeinen Einsicht, daß noch viel Gelände gewonnen werden muß, bevor die Welt überzeugt sein kann, daß Abrüstung wirklich auf der Tagesordnung steht. — „News Chronicle“ sagt in einem Leitartikel: Es ist zweifellos unmöglich, von dem Genfer Konventionenentwurf mit Begeisterung zu sprechen. Weder Frankreich, noch Italien, noch Polen, noch einer der kleinen Staaten Ost- und Südosteuropas will mehr für die Abrüstung tun, als Redensarten machen, solange Rußland eine gut ausgerüstete Armee von 1 Million Mann unterhält, deren Organisation und Schlagkraft sich von Monat zu Monat erhöhen. Es ist ein circulus vitiosus; denn wenn die Alliierten ihre übernommene Verpflichtung zur Abrüstung nicht ausführen, wie lange können sie dann darauf rechnen, daß Deutschland seinerseits die ihm aufgezwungene Vereinbarung einhalten und militärisch machtlos bleiben wird?

Der Nobel-Preis.

Die Feier der Verteilung.

Die in Oslo vorgenommene Verteilung des Nobelpreises erhielt einen besonders feierlichen Charakter durch das verhältnismäßig seltene vollzählige Erscheinen der Preisträger. Der feierliche Akt, der nun zum 30. Male, am Todestage des Stifters, vorgenommen wurde, vollzog sich in dem traditionellen

Rahmen des Kongresspalastes. Die Mitglieder der Regierung, des diplomatischen Korps und die hervorragendsten Persönlichkeiten des schwedischen Kulturlebens waren erschienen. Nach der Ankunft des Königs und der anderen Mitglieder der königlichen Familie wurde die Feier durch eine Begrüßungsansprache des Präsidenten der Nobel-Stiftung, Gouverneur Hammarström, eröffnet. Von berufenen Gelehrten wurden die Verdienste der einzelnen Preisträger hervorgehoben. Der König überreichte dann den Preisträgern Professor Venkata Rama (Kalkutta), Professor Hans Fischer (München), dem berühmten Professor Landsteiner vom Rockefeller-Institut in New York und dem amerikanischen Schriftsteller Sinclair Lewis die Preise nebst Urkunden und Medaillen.

Die Ueberreichung der Nobel-Friedenspreise.

Die Ueberreichung der Nobel-Friedenspreise an den früheren Staatssekretär Kellogg und Erzbischof Söderblom fand heute mittig in Gegenwart des Königs und des Kronprinzen im hiesigen Nobel-Institut statt. Premierminister Norin hob in einer Ansprache die Verdienste Kelloggs und Erzbischofs Söderbloms hervor.

Der Völkerbund, die bedeutendste Friedenseinrichtung, die die Welt bis heute gekannt hat, ist auf Anregung der Vereinigten Staaten gegründet worden. Wenn auch die Vereinigten Staaten bedauerlicherweise nicht Mitglied des Völkerbundes sind, hat die Initiative und ihre Mitarbeit doch öfter am Werk des Völkerbundes tiefe und dauernde Spuren hinterlassen. Der Völkerbund trägt den Namen eines heute unter uns stehenden Mannes, trägt ein Beispiel nicht nur der Bemühungen der Vereinigten Staaten, sondern auch der ausgezeichneten und gewissenhaften internationalen Zusammenarbeit für die Förderung der Friedenssache. Aus der Mitarbeit Briand und Kelloggs entstand der heutige Weltpakt, der sozusagen alle Kulturen bindet.

Unser Ziel muß sein, den Völkern begreiflich zu machen, daß es nicht genügt, den Krieg als Verbrechen zu brandmarken, sondern daß es möglich ist, mit allen Gefühlen und allen Sinnen zu erkennen, daß die Ermordung Tausender von Menschen zur Regelung eines internationalen Konflikts nicht entschuldbar ist, als die Ermordung eines einzelnen zur Regelung einer Privatangelegenheit.

Kellogg betonte in seiner Dankrede, er habe das Vertrauen zu der Menschheit, daß alle Schwierigkeiten mit friedlichen Mitteln gelöst werden würden. Die Hauptsache sei, die Menschheit darüber aufzuklären, daß es bessere Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten gebe als das Mittel des Krieges. Erzbischof Söderblom betonte in seiner Rede, er habe die Empfindung, daß der Friedenspreis ihm als dem Vertreter der christlichen Bewegung für die größere Einheit der christlichen Kirche verliehen worden sei, und widmete dem Andenken Kaiser Nobels herzliche Worte.

Dr. Curtius beim Reichspräsidenten.

Berlin, 11. Dez. Der Reichspräsident empfing den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius zum Vortrag.

Verbot aufreizender Plakate in der Rheinprovinz.

Koblenz, 11. Dez. Im Hinblick darauf, daß die Erregung öffentlichen Lebens durch den Anschlag aufreizender Plakate nicht unwesentlich gesteigert worden ist, hat der Oberpräsident der Rheinprovinz eine Polizeiverordnung erlassen, durch die öffentliche Anschläge, die Anheftung und Ausstellung von Plakaten verboten ist, deren Inhalt eine strafbare Handlung darstellt oder die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährden. Verboten ist ferner die Anwendung von roter Farbe für Plakate, die nicht amtliche Bekanntmachungen öffentlicher Behörden enthalten.

Riesige Unterschlagungen bei einer bayerischen Elektrizitätsgesellschaft.

Bayreuth, 11. Dez. Bei der Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft wurden vor einigen Wochen große Unterschlagungen aufgedeckt, die zur freistufigen Entlassung des kaufmännischen Direktors und einiger Abteilungsleiter führten. Der eine Abteilungsleiter Benesch hat sich in den hiesigen Anlagen erschossen. Er war für nachmittags, da die Staatsanwaltschaft bereits Sache in die Hand genommen hatte, vom Untersuchungsrichter geladen worden. Der technische Direktor Laport wurde ebenfalls freistufig entlassen und durch die Staatsanwaltschaft verhaftet.



Der neue russische Botschafter Gintschun ist in Berlin eingetroffen, um sein Amt anzutreten.

Aus Bad Somburg u. Umg.

Schneefall im Taunus. In der Nacht zum Mittwoch hat es im Taunus geschneit. Die Temperaturen auf den Bergen liegen einige Grad unter Null, so daß Taumweller dort vorerst nicht zu befürchten ist. Auf dem Kleinen Feldberg betrug am Mittwoch vormittag die Schneehöhe etwa fünf Zentimeter; auf dem Großen Feldberg und seinen Nordhängen maß man sogar 7 bis 8 Zentimeter Schneehöhe. Am gestrigen Nachmittage schneite es leicht weiter, so daß, falls die kalte Witterung im Gebirge anhält, mit mäßigen Winterport-Möglichkeiten zum Wochenende gerechnet werden kann. Vom Kleinen Feldberg kommt bereits die Meldung, daß die Bedingungen für Rodelsport gut seien.

Kaminbrand. In einem Hause der Höllestraße brach gestern Abend kurz nach 8 Uhr ein Kaminbrand aus, der bald von der alarmierten Airdorfer Feuerwehr gelöscht werden konnte. Wegen eines so geringfügigen Brandes die Sirene heulen zu lassen, ist unverständlich. Unnötigerweise wurde so wegen dieses Kleinfuers eine ganze Ortschaft in Aufregung gebracht. Wie bekannt, unterscheidet man Klein-, Mittel- und Großfeuer. Da ein Kaminbrand im allgemeinen zu den Kleinfuern zählt, hätte ein Alarm durch Hornissen oder Benachrichtigung einzelner Feuerwehreinheiten vollkommen genügt.

Experimental-Vortrag für Kraftfahrer. Am Freitag, dem 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, hält im Hotel „Schützenhof“, Ludensstraße, Herr Dipl.-Ing. Kramer aus Frankfurt am Main einen Lichtbild- und Experimental-Vortrag über die modernen Motoren-Treibstoffe, ihre Eignung und ihre Wirtschaftlichkeit im Motor. An Hand von zahlreichen Lichtbildern und durch interessante Experimente werden die Hauptfragen, die sich dem Kraftfahrer immer wieder tagtäglich aufdrängen, eingehend besprochen. Vergaser, Leistung, Verbrauch, Wirkungsgrad, Abgasförmigkeit, Verdichtungsverhältnis, dürfen dem Kraftfahrer nicht nur Schlagworte sein; er soll den wahren Sinn dieser Begriffe auch erfaßt haben. In einem klaren Vortrag wird ihm nun die Lösung aller dieser Fragen anschaulich vor Augen geführt, und es wird ihm zu Hause mit Leichtigkeit gelingen, die Kraftstoffe, die er in seinem Wagen oder in seinem Motorrad fahren will, hinsichtlich ihrer Eignung und ihrer Qualität zu untersuchen und von einander zu unterscheiden. Heute im Zeichen einer allgemeinen wirtschaftlichen Depression ist es doppelt zu begrüßen, daß Herr Dipl.-Ing. Kramer, dessen umfangreiche Vortragsfähigkeit in der angereicherteren Umgebung Frankfurts ja sehr bekannt ist, mit seinem Vortrag Aufklärung in die weitestgehende Kreise der Kraftfahrerschaft bringt. Eintritt wird nicht erhoben.

Aus dem Somburger Gerichtssaal. In der gestrigen Gerichtsverhandlung führte Amtsgerichtsrat Dr. Conhen den Vorsitz, die Anwaltschaft war durch Justizinspektor Schuler vertreten. Es standen vier Strafsachen und zwei Privatklagen an.

Eine Polizeistrafe in Höhe von 5 Rmk. erhielt Herr U. von hier, er soll am 3. Mai ds. Js. bei dem „Sport“, nach Vögeln schleichen, beobachtet worden sein. U. legte Berufung ein und bestritt in der Verhandlung jede Schuld. Dem Angeklagten konnte die Tat nicht nachgewiesen werden. Das Gericht kam zum Freispruch.

Übertretung der Kraftfahrer-Verkehrsordnung. Der Einspruch eines Kraftfahrers gegen ein Polizeimandat in Höhe von 5 Rmk., das dieser wegen unbefugten Befahrens des Somburger Wegs am 22. Juli 1930 erhielt, wurde vom Gericht verworfen.

Dreifaches Verstoß. Wegen Beleidigung, Widerstand und groben Unfugs stand ein Kallbacher Einwohner vor dem Richter. Es war die Zeit der Kallbacher Kirchweih. Der Angeklagte, froher Laune, spazierte in der Nacht zum 19. September zur Bahnhalle der Gemeinde und wurde von dem Nachwächter dabei erwischt, wie er das Schild „Gesperri“ wegschleppte. Von dem Nachwächter zur Rede gestellt, bekam er statt einer Auskunft Beleidigungen ins Gesicht geschleudert, ferner leistete auch der Angeklagte Widerstand. Der Angeklagte wurde wegen der oben erwähnten drei Vergehen zu einer Gesamtsstrafe von 80 Rmk. verurteilt. Ferner wurde dem Kläger Publikationsbefugnis zugesprochen.

Im Zeichen des Verkehrs. Im September kam es in der Luisenstraße zu einem Zusammenstoß zwischen einem Kraftwagen und einer Radfahrerin, der dadurch entstand, daß die Radfahrerin die linke Seite des Fahrdamms besaß. Aufgrund der Zeugenaussagen kam das Gericht zum Freispruch des Angeklagten Kraftwagenführers.

Privatklage. Ist Herr K., der Privatkläger, ein lauter Zahler? Der Angeklagte W. aus Fr., der für K. ein Haus erstellte, war dieser Ansicht. W. hatte von dem Privatkläger noch 1300 Rmk. zu bekommen. Der Privatkläger zahlte nicht, war auch mit den Bauarbeiten nicht ganz zufrieden und ließ schließlich Bauaufverständige kommen, die sich über die von dem Angeklagten W. geleistete Arbeit ausprechen sollten. W. betrachtete diese Handlungsweise des K. nur als Schikane, dieser wollte eben nichts zahlen. Das sei von K. bekannt. Gegenüber anderen Personen soll nun der Angeklagte durch derartige Äußerungen sich der Kreditgefährdung schuldig gemacht haben. Das Gericht kam zum Freispruch, da es in vorliegendem Falle Wahrung berechtigter Interessen annahm.

Diesmal Postdirektor Pindt = Bad Somburg contra „F. N.“

Wir berichteten bereits kurz in unserer gestrigen Ausgabe über die Beleidigungsklage, die der jetzt in Bad Somburg wohnende Postdirektor a. D. Pindt gegen den Chefredakteur der „Frankfurter Nachrichten“, Heinz Gorrenz, vor den Schranken des hiesigen Gerichts führte. Wir rekapitulieren: Am 3. Mai 1930 brachten die „F. N.“ einen „Frankreichs „Dank“ an die Verräter“ betitelten Artikel, der einen wörtlichen Auszug aus der „Eisack-Vorhänger Zeitung“ darstellte. Herr Pindt, früher wohnhaft in Straßburg, war der Ansicht, daß es sich bei dem in dem fraglichen Artikel erwähnten Namen „Pindt“ nur um seine Person handeln könne. Der Name Pindt ist in diesem Artikel mit Gefolgsleuten der verurteilten Separatistenführer Dorian und Malthes in Verbindung gebracht. Herr Pindt wollte als Endziel des Prozesses am gestrigen Tage eine Rehabilitierung erlangen. Nachdem der Beklagte erklärte, er könne die Ausführung der „Eisack-Vorhänger Ztg.“ nicht auf den Kläger beziehen und er folglich kein Interesse daran habe, einen Wahrheitsbeweis anzutreten, kam es zu folgendem Vergleich: „Der Beschuldigte erklärt, daß er bei Aufnahme des Artikels „Frankreichs „Dank“ an die Verräter“ in den „F. N.“ vom 3. Mai 1930 nicht an die Person des Privatklägers gedacht habe und daß er den Artikel nicht auf den Privatkläger bezieht. Der Beschuldigte verspricht sich, an angemessener Stelle diese Erklärung binnen einer Woche in den „Frankfurter Nachrichten“ zu veröffentlichen.“ — Die Gerichtskosten werden geleistet.

Tisch-Tennis. Am kommenden Sonntag findet im weißen Saal des Kurhauses, nachmittags ab 3 1/2 Uhr das ständige Verbandsspiel zwischen dem Tennisclub „Schwarz-Weiß-Frankfurt und dem Somburger Tennisclub statt. Somburg wird nicht mit seiner stärksten Mannschaft zur Stelle sein, sollte aber trotzdem keine großen Schwierigkeiten haben, die Frankfurter zu schlagen. Zu begrüßen wäre es, wenn recht zahlreiche Zuschauer dem Kampfe beizuwohnen würden.

Geburtsstagsfeier. Der städtische Arbeiter Karl Heinrich Rück beging am 10. d. Mts. seinen 65. Geburtsstag.

Verstärkten Omnibusverkehr hat für die beiden Sonntage vor Weihnachten die Firma Joh. Röder u. Söhne auf der Strecke Friedrichsdorf-Köppern eingerichtet.

Im Kellip wird bis einschließlich Sonntag der Kriminal-Film „Der Greiser“ gezeigt.

Erfolg eines Somburger Künstlers. In dem 2. Sinfonie-Konzert d. Frankfurter Tonkünstler-Orchesters, das im Konzerthalle des Zoologischen Gartens unter der Leitung von Richard Limpert stattfand, spielte der junge Somburger Pianist Georg Horst Becker mit starkstem Erfolg das 5. Klavierkonzert in C-Dur.

Wieder nahi das Weihnachtsfest. Fürsorgende Liebe sinni, mit welchen Gaben sie Freude bereiten kann. In heutiger schwerer Zeit wird man in erster Linie zum praktischen Geschenk greifen. Nennen wir z. B. nur Maggi's bewährte Erzeugnisse: Maggi's Würste, Maggi's Suppen, Maggi's Fleischbrühwürfel, die in jedem Haushalt willkommen sind. Durch ihre vielseitige Verwendbarkeit helfen sie nicht nur Fleisch, Kohlen und Gas sparen, sondern erleichtern außerdem der Hausfrau die Kocharbeit.

Vorsicht bei Annahme beschädigter Reichsbanknoten! Seit einiger Zeit werden Noten in den Verkehr gebracht, die in betrügerischer Absicht aus Teilen verschiedener Reichsbanknoten über 50 Reichsmark zusammengeheftet sind. Diese Noten sind daran erkennbar, daß die einzelnen Teile durch Klebestreifen verbunden sind und meist verschiedene Nummern aufweisen. Es wird deshalb allgemein vor der Annahme zusammengehefter Noten gewarnt, da stets die Möglichkeit besteht, daß es sich um Fälschungen handelt und der Empfänger Gefahr läuft, sie bei der Reichsbank nicht umgetauscht zu erhalten. Verschiedene Umstände weisen darauf hin, daß es sich bei dem Täter um eine Person handeln könnte, der es möglich ist, die zusammengeheften Noten in Geldbörschen einzuschmuggeln. Es empfiehlt sich, zusammengehefte Noten nicht anzunehmen, sondern Inhaber an die Reichsbank zu verwiesen. Wenn sich die Zahlung mit solchen Noten unberechtigtweise vollzieht, ist die Kriminalpolizei zu benachrichtigen. Für die Ermittlung der Hersteller verfälschter Noten pflegt die Reichsbank Belohnungen bis zu 1000 Mark zu gewähren.

Die Einziehung der Bürgersteuer. Nach § 14 Abs. 1 der Durchführungsvorschriften des Reichsfinanzministers vom 4. September 1930 kann die Bürgersteuer in den Fällen, in denen sie erst nach dem 30. November des Rechnungsjahres beschossen wird, für das sie erhoben werden soll, nicht mehr unter Zuhilfenahme der Finanzämter auf der Steuerkarte angefordert werden. Vielmehr sind in diesen Fällen die Gemeinden verpflichtet, die Bürgersteuer allgemein in dem besonderen Verfahren anzufordern. Den Gemeinden wurde deshalb empfohlen, rechtzeitig vor dem genannten Termin entsprechende Beschlüsse zu fassen. Das haben die Gemeinden in diesem Jahre mit Rücksicht auf die Reichstagsverhandlungen jedoch nicht getan. Dadurch ist die Einziehung der Bürgersteuer erschwert worden. Der Reichsfinanzminister hat sich nunmehr auf Vorstellungen hin durch Erlaß vom 3. Dezember ausnahmsweise damit einverstanden erklärt, daß die Bürgersteuer 1930, auch wenn sie

erst nach dem 30. Nov. 1930 eingeführt wird, auf der Steuerkarte 1931 angefordert werden darf, wenn festgestellt ist, daß die Steuerkarten 1931 spätestens bis Weihnachten 1930 den Arbeitnehmern zugestellt werden. Die in Frage kommenden Gemeinden haben sich zur Vermeidung von Schwierigkeiten mit dem zuständigen Finanzamt in Verbindung zu setzen.

Wieviel Schulen gibt es in Deutschland? In Deutschland gibt es nicht weniger als rund 87 200 Schulen mit etwa 10 Millionen Schülern. Unter den Schulen stehen die Volksschulen mit rund 52 790 an erster Stelle. Von den höheren Schulen markieren die Oberrealschulen mit 682 an der Spitze. Es folgen die Gymnasien mit 515 und die Realschulen mit 401. Es gibt weiter über 29 600 Fortbildungs- und Berufsschulen und über 1500 Mittelschulen.

Aus Nah und Fern.

Frankfurt a. M. (Nach eine „Beamtenlaufbahn“.) Soeben gelang es, zwei Heiratswindeln das Handwerk zu legen, die sich als Bahn- bzw. Bahnpostbeamte ausgeben hatten. Sie hatten darauf spekuliert, daß ihre Opfer, die sie meist unter Hausangestellten suchten, beamteten Brautwerbenden zugänglicher seien. In der Tat gaben ihnen die Erfolge Recht. Sie sprachen die Mädchen am Hauptbahnhof an und luden sie zu einem Spaziergang ein. Trotzdem beide verheiratet waren, ließen sie es zur schnellsten Erreichung ihrer Zwecke nicht an Eheversprechungen fehlen. Den „beamteten“ angehenden Bräutigam wollten sich die Mädchen natürlich nicht entgehen lassen und zeigten sich ihnen in mancherlei Wünschen gefällig. In einem Falle wurden einer solchen törichten Jungfrau Geldbeträge in Form des bekannten Darlehens auf Kummerwiedersehen abgenommen, bis dann zu spät dem Mädchen ein Licht aufging. In einem anderen Fall benahm sich der „beamtete“ Bewerber noch viel gewissenloser; eine etwas stürmische Umarmung bei einem nächtlichen Spaziergang benutzte er scheinbar dazu, das Handtäschchen der ahnungslosen Braut um seinen Geldinhalt zu erleichtern. Beide Heiratswindler haben diese Art „Beamtenlaufbahn“ längere Zeit eingeschlagen. Ihren verlassenen und geschädigten „Bräuten“ wird die Kriminalpolizei sicher gern ein Wiedersehen mit ihnen vermitteln.

Frankfurt a. M. (Verbrennungstod eines Kindes.) Vor einigen Wochen steckte ein Kind beim Spiel mit Streichhölzern den Kinderwagen, in welchem sein neun Monate altes Schwesterchen lag, in Brand. Da die Kinder einige Minuten ohne Aufsicht waren, erlitt das im Wagen liegende kleine Kind erhebliche Brandwunden, ehe ihm Hilfe gebracht werden konnte. Nach mehrwöchigem, schwerem Leiden ist jetzt das bedauernswerte kleine im Krankenhaus an den Brandwunden gestorben.

Frankfurt a. M. (In der Berufung billiger weggekommen.) Ein Großes Schöffengericht hatte vor einiger Zeit den Schneider Christian Neubig wegen Landfriedensbruchs zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte durch politische Gesinnungsstreunde einen jungen Mann vorprügeln lassen, der sich seiner jugendlichen Braut gegenüber ein Scherzwort erlaubt haben sollte. Die Sache war in einer an Prügeleien reichen Gegen der Altstadt vor sich gegangen, was den Vorrichter aus grundsätzlichen Erwägungen zu einer schärfsten Strafe veranlaßt hatte. Die Strafkammer sah die Angelegenheit milder an und ermäßigte die Strafe auf viereinhalb Monate und entließ den Angeklagten aus der Haft. Das Urteil wurde von dem zahlreich im Zuscherraum erschienenen Publikum mit einem lauten „Rot Front!“ begrüßt.

Rassau (Lahn). (Auto fährt „auf eigene Faust“ in die Lahn.) Während der Direktor der Landwirtschaftlichen Schule Rahenelmbogen in einer Versammlung in Laurensburg weilte, war sein Auto repariert worden und der Handwerker hatte es in den Hof des Gasthauses gefahren. Ob nun die Bremse nicht richtig geschlossen war oder sich sonst jemand an dem Auto zu schaffen gemacht hatte, weiß man nicht. Jedenfalls setzte sich plötzlich der Wagen von selbst in Bewegung und stürzte rückwärts eine Böschung hinab in die Lahn. Mit Hilfe der Versammlungsteilnehmer gelang es bald, den Wagen aus dem Wasser zu bergen.

Weglar. (Ein Jahr Gefängnis — aus Liebe zu seinem Sohn.) Der 65jährige frühere Rechner der Spar- und Leihkasse Niederlehen (Kr. Weglar) wurde vom Weglarer Gericht wegen Unterschlagung und Bilanzfälschung zu einem Jahr Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Höhe der veruntreuten Gelder belief sich auf 44 000 Mark. Die Betrügereien waren dadurch leichter möglich, weil der noch dem Kriege gewählte Kassenvorstand sorgfältige und regelmäßige Revisionen unterlassen hatte. Der Angeklagte gab an, daß er die Verfehlungen nur begangen habe, um seinem Sohn eine Existenz, die dieser sich selbst zerstört hatte, neu aufzubauen. Der Vater geriet dadurch in Schulden und ließ sich zu den Unredlichkeiten verleiten. In der Verhandlung wurde betont, daß der Rechner lediglich aus Liebe zu seinem Sohn die Veruntreuungen begangen habe und schließlich auch sein ganzes Vermögen opferte, um die Kasse zu entschädigen. Dem Angeklagten wurde eine bedingte Bewährungsfrist bis 1934 zugesprochen.

Westerburg. (An den Unrechten geraten.) Einbrecher, die bei dem Gastwirt Groß in Westernhohe einbrechen wollten, kamen an den Unrechten. Der Sohn des Wirts stellte sie. Der eine Einbrecher wehrte sich mit dem Stemmeisen, wurde aber von dem kräftig gebauten Mann überwältigt und zu Boden geworfen, so daß er schließlich um Gnade flehte. Die Landjägerei, der der Festgenommene übergeben wurde, stellte fest, daß es sich um einen Lerch mit Zuchttause vorbestraften Mann aus Hadamar, Kreis Limburg, handelte. Der Vater von vier kleinen Kindern ist.

Kirchliche Anzeigen.

Israelitischer Gottesdienst.

Samstag, den 13. 12. 30. Vorabend 4¹⁵; morgens 9, Neumondwehe. Nachmittags 3³⁰; Sabbatende 5¹⁵; Werktags morg. 7, abends 4³⁰.

Gottesdienste in der evangelischen Erlöserkirche.

Freitag 12. Dez. keine Vorbereitung für den Kinder-gottesdienst.

Verantwort für den redaktionellen Teil: S. Herz, Bad Somburg. Für den Anzeigenteil: Jakob Klüber, Oberurzel. Druck und Verlag: Otto Wagenbreth, Bad Somburg

Dipl.-Ingenieur Kramer-Frankfurt a. Main
hält am Freitag, dem 12. Dezember 1930, abends
8³⁰ Uhr, im Hotel „Schützenhof“, Audenstr., einen

EXPERIMENTAL- UND LICHTBILDERVORTRAG

und spricht über:

„Die modernen Kraftstoffe,
ihr Verhalten und ihre
Wirtschaftlichkeit im Motor“

Eintritt frei!

Achtung! Unerhört! Hausfrau! billiges Seifenangebot!

ab heute Einzelverkauf ab Fabrik

la Kernseife	250 gr. □ Stüd	0.20 M	Edelbohnerwachs weiß u. gelb, 1-Pfd. Dose	0.85
	200 gr. Stüd	0.18 M	Edelbohnerwachs „ „ „ 1-Kilo „	1.20
la weiß. Waschseife	250 gr. □ Stüd	0.15 M	Bohner- } braun u. rotbr. 1-Pfd. Dose	0.70
	200 gr. Stüd	0.12 M	wachsbeize „ „ 1-Kilo Dose	1.30
hellgelbe Schmierseife	per Pfd.	0.27 M	Sämtliche Seifenpulver, wie Perill, Thomson u. s. w. erhältlich bei	
weiße Schmierseife	per Pfd.	0.28 M		
Seifenschnitzel I. Qualität	per Pfd.	0.50 M		
Seifenschnitzel II. Qualität	per Pfd.	0.40 M		

A. BALL, Seifenfabrik

Schwedenplatz 2, — Eingang neben dem Wiener Café — im Hof.

Weihnachts- Angebot

S & F-Backartikel

Blütenmehl fein	Pfd.	25 -
Auszugsmehl feinstes	Pfd.	30 -
Kolossnuss geräpelt	Pfd.	40 -
Sultaninen	Pfd. 100, 60,	40 -
Koffinen	Pfd. 80,	50 -
Mandeln	Pfd. 180,	140 -
Hafelnugkerne	Pfd.	100 -
Margarine	Pfd. 80, 68,	48 -
Süße Mandarinen	3 Pfd.	100 -

S & F-Geschenkpäckungen

1 Tafel Milchschokolade und		55 -
1 Tafel Milchbutter-Schokolade		
1 Riesentafel 200 gr.		50 -
Milch-Schokolade		
Geschenkbüchel, reich gefüllt		95 -
Spiel-Auto mit Uhrwerk		55 -
Elfen-Lebkuchen 1/4 Pfd.		40 -
Basler Lebkuchen, Pak. 30, 20,		15 -

S & F-Festtags-Wein

Rotwein vom Joh.	Liter	70 -
Weißwein vom Joh.		70 -
Tarragona vom Joh.		110 -
	1/4 Fl. ohne Glas	
29er Rhodter Schloß - Weißwein		70 -
29er St. Martiner		80 -
29er Edenobener		90 -
28er Riersteiner Domtal		140 -
29er Liebsraumilch		180 -
Dürkheimer Feuerberg Rotwein		90 -
28er Oberingelheimer		120 -
27er Rouffillon		130 -

S & F-Festkaffee

Am Dezember geben wir bei Einkauf von
1 Pfd. S & F-Kaffee von 3 Mk. an
1 schöne Konfektdose gratis
Unsere Mischungen kosten:
1/4 Pfd. 110, 95, 85, 75, 60 -

Vorbestellungen zu Weihnachten auf
la Körner Maß-Gänse Pfd. 1.20
werden noch angenommen.

SCHADE & FÜLLGRABE

Tel. 2371 Bad Homburg Tel. 2371

Bis Weihnachten erhalten Sie zu
jedem neuen S & F-Sparbuch
10 Marken gratis.

5% Rückvergütung

Allgemeine Ortskrankenkasse

Bad Homburg v. d. H.

Ab 1. Dezember d. J. haben folgende Familien-
angehörige unserer Kassenmitglieder keinen Anspruch
mehr auf die Leistungen unserer Familienversicherung:
Eltern, Großeltern, Schwiegereltern, Geschwister
und Kinder über 16 Jahre, mit Ausnahme der
Töchter, die an Stelle der Ehefrau den Haus-
halt führen.

Den hiernach aus der Familienhilfe ausscheidenden
Personen ist in der Übergangszeit Gelegenheit gegeben,
sich gegen geringen Beitrag freiwillig bei uns zu ver-
sichern, wozu schriftliche Anmeldung nötig ist. Wir
empfehlen, hiervon Gebrauch zu machen.

Bad Homburg v. d. H., den 9. Dezember 1930.

Der Vorstand.

Schmid.

Prima Ochsenfleisch	Pfd.	1. --
„ Rindfleisch		— 90
„ Kalbfleisch		1.10
„ Hammelfleisch		1.00

Mezgerlei Herm. Nthias

Telefon 2679

Waldstr. 33

Verkaufe

Christbäume

In allen Größen zu billigen Preisen

H. Dörr, Luisenstrasse 131.

Silbernen und goldenen Sonntag

verstärkter Omnibus-Verkehr
auf der Strecke Homburg-Friedrichsdorf-
Köppern.

Joh. Röder & Söhne.

Prima Pferdefleisch

ohne Beilage Pfd. 50 Pfg.,
Würstchen Stk. 10 Pfg.,
Gervelatwurst 1 Pfd. 1. -- Mk.

Schhardt Hardt, Töpferweg 1

Sämtliche
RUCKSACHEN
FÜR

Industrie, Behörden,
Familie und Vereine

liefern schnell und billigst die

Homburger Neueste Nachrichten

Das nützlichste
Weihnachts-
Geschenk



Weiteffende
Zahlungs-
erleichterungen
Milde Monatsraten

SINGER mit Motor und Nählicht

SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT

Bad Homburg, Luisenstraße 91—93

Leibbinden u. Bruchbänder



aller Systeme



Plattfuß-Einlagen — Gummistrümpfe
in nur guter Qualität und großer Auswahl.

Sanitätshaus Carl Ott, G.m.b.H.

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Denkt an Eure Zeitung!

Wer sich die Haare schneiden oder rasieren
läßt, wer ein Glas Bier trinkt, wer eine
Bahnfahrt unternimmt, hat Zeit zum Lesen!
Fordert überall die „Homburger Neueste
Nachrichten“!

Vergeßt es nicht!

Seule eintreffend:
frische Seefische.
Marinaden. Räucher-
waren in großer Auswahl
gebäckene Fische
zu billigsten Preisen
Wilh. Keld

Marktlaube. Telefon 2758

Zum Flechten von Rohrstrahlen
sowie Anfertigen und Repara-
turen von Körben und Korb-
möbeln aller Art empfiehlt sich

Karl Arnold
Korbmacher, Brendelsr. 49
Sachen werden abgeholt, Post-
karte genügt.

Wer verkauft
sein Haus

evtl. mit Geschäft oder sonst
Anwesen hier od. Umgebung?
Nur Angebote direkt vom
Besitzer unter B. 74 an den
Verlag „Bermiet. u. Ver-
kaufs-Zentrale“, Frankfurt
a. M., Goetheplatz 22.

Verheir. Gärtner

1 Kind, sucht zum Frühjahr
leichteren Posten gegen
kleinere Vergütungen je-
nach Inanspruchnahme, je-
doch gesunde sonnige Woh-
nung erwünscht. Langjähr.
Zeugnisse. Off. unter Ak
an die Exp. d. Ztg. erbeten.

RADIO!

Geräte aller Arten

(Teilzahlung)

Radio Braum Nachf.

Otto KRATZ, Elektr.
Luisenstr. 96 Telef. 2104

Suchen Sie Geld?

dann wenden Sie sich ver-
sicherlich zu. Kostenl. Auskunft an
Stern, Frankfurt a. M.
Mainluststr. 16 II
Telef. Senkenberg 32572

Das Pensionskürzungsgezet.

Das Pensionskürzungsgezet, das die Reichsregierung dem Reichsrat und, als dieser zugestimmt hatte, dem Reichstage vorlegte, gehört zu den Entwürfen, die nicht in die Reihenfolge der Einbringung kommen konnten, da sie verfassungswidrigen Charakter haben. Der Reichsrat hat dem Entwurf des Pensionskürzungsgezetes mit der für Verfassungsänderungen vorgesehenen Stimmenzahl zugestimmt.

Der Gesetzentwurf veranlaßt seine Entstehung folgenden Gedanken: Wenn ein pensionierter Beamter noch irgend eine Beschäftigung für den Staat übernimmt und dafür bezahlt wurde, so wurde ihm diese Bezahlung auf sein Ruhegehalt angerechnet, d. h. seine Pension wurde ihm um diesen Betrag gekürzt. Arbeitete ein pensionierter Beamter dagegen im Privatdienst, so erhielt er — ohne Rücksicht darauf, was ihm diese Tätigkeit eintrug — die volle Pension weiter. Die Begründung des Gesetzentwurfes sagt darüber:

Bei den Erörterungen über die Gestaltung und den Umfang einer Ausgabenlenkung konnte auch an einer Frage nicht vorübergegangen werden, die von vielen Seiten immer wieder zum Gegenstand ernster Vorstellungen gemacht und auch im Reichstage unter Annahme von Entschließungen wiederholt zur Sprache gebracht ist — an der Frage einer Kürzung der Bezüge der Ruhegeldempfänger bei deren Beschäftigung in Privatdienst. Ihre Beschäftigung im öffentlichen Dienst in der Eigenschaft eines Beamten oder als Angestellten oder Arbeiter hatte schon seit jeher eine Kürzung des Ruhegeldes bedingt. Die gänzliche Nichtberücksichtigung des Privatdienstverdienstes neben dem Ruhegeld erschien demgegenüber nicht gerechtfertigt. Dazu kamen bezüglich der Verwendung von Ruhegeldempfängern in Privatbetrieben usw. die dauernden Klagen einzelner Angestellten, die keine Beschäftigung fanden, weil die freien Stellen vielfach von Ruhegeldempfängern als billigeren Arbeitskräften in Besitz genommen waren, sowie die dringenden Eingaben der Angestelltenverbände, die gleichfalls in der Beschäftigung von Ruhegeldempfängern, die sie in diesem Falle als Doppelverdiener bezeichneten, eine schwere Beeinträchtigung der Interessen ihrer Mitglieder erblickten.

Die wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfes zu einem Pensionskürzungsgezet sind: Grundsätzlich soll das neue Gezet nur die Pensionen der Ruhegeld-Empfänger kürzen, die ein Arbeitsverhältnis neben ihrem Ruhegehalt haben. Ein Pensionär kann bis zu einer Grenze von 6000 Mark jährlich zu keiner Pension hinzu verdienen, ohne daß eine Kürzung eintritt. Verdient der Pensionär mehr als 6000 Mark, so wird die Pension um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das Arbeitsverhältnis 6000 Mark übersteigt. Wenn aber beispielsweise ein pensionierter höherer Beamter ein Ruhegehalt von jährlich 12 000 Mark bezieht und — etwa als Syndikus eines Unternehmens — noch 12 000 Mark hinzuverdient, so wird ihm die Pension um 6000 Mark gekürzt; es bleibt ihm dann immer noch ein Einkommen von 18 000 Mark im Jahr. Eine Erleichterung ist für den Fall vorgesehen, daß eine Kürzung nicht eintritt, wenn Pension und Arbeitsverdienst den Betrag von 9000 Mark im Jahr nicht übersteigt, so daß grundsätzlich eine Kürzung erst bei einem Einkommen von 9000 Mark eintritt.

Der zweite Absatz des Gesetzentwurfes regelt die Vorschriften für den Bezug von Ruhegeld. Er ergibt sich bei der Berechnung eines Ruhegeldes ein Jahresbetrag von mehr als 12 000 Mark, so wird, wenn der Betreffende der Besoldungsgruppe, aus der sein Ruhegeld zu berechnen ist, weniger als fünf Jahre angehört hat, der Mehrbetrag gekürzt, und zwar:

mindestens 4 Jahre betragen hat, um 10 vom Hundert, mindestens 3 Jahre betragen hat, um 20 vom Hundert, mindestens 2 Jahre betragen hat, um 30 vom Hundert, mindestens 1 Jahre betragen hat, um 40 vom Hundert, weniger als 1 Jahre betragen hat, um 50 vom Hundert.

Keinesfalls aber darf der Betreffende ungünstiger gestellt werden, als wenn er in einer niedrigen Besoldungsgruppe, der er früher angehört hat, verblieben und sein Ruhegeld aus dieser Besoldungsgruppe zu berechnen wäre. — Das sind die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes, mit dessen Beratung der Reichstag am Dienstag dieser Woche begonnen hat.

Aus dem Reichskabinett

Keine weiteren Zollerhöhungen bevorstehend

Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett sich mit der Frage befaßt, ob der gegenwärtige Zollsatz — z. B. für Butter — unter dem stärker werdenden Druck des Auslandes ausreicht. Der Reichsernährungsminister hatte offenbar den Wunsch, daß das Kabinett sich vom Reichstage die Ermächtigung geben lassen sollte, die Zölle je nach den Schwankungen der Weltlage zu variieren. Nach diesem System wird die französische Zollpolitik praktisch gehandhabt. Die Diskussion im Kabinett hat aber ergeben, daß die Reichsregierung es nicht für zweckmäßig hält, sich jetzt kurz vor dem Auseinandergehen des Reichstages noch um eine solche Ermächtigung zu bemühen. Dabei wurde auch darauf hingewiesen, daß weitere Zollerhöhungen nur schwer mit einer Politik vereinbart werden können, die auf die Herabsetzung der Preise und Löhne hinwirken will. Man beurteilt zudem die Lage der Landwirtschaft dahin, daß eine Reihe von Symptomen dafür sprechen, daß die Agrarkrise nun doch allmählich zum Stillstand kommt.

Schließlich sieht man z. B. in der Tatsache, daß der Weizenpreis im Hamburger Freihafen 6,20 Mark und in Berlin 12,80 Mark beträgt, einen Beweis dafür, wie unabhängig ein Teil der Agrarprodukte preismäßig bereits von der Weltlage getrennt ist, die eine ständig sinkende Preissteigerung zeigt. In politischen Kreisen sieht man hierin ein wesentliches Verdienst des Reichsernährungsministers Schiele, der sich übrigens selbst den Argumenten nicht verschließen hat, die für den Augenblick gegen weitere Zollerhöhungen sprechen. Das bedeutet, daß die gefürchtete Darstellung eines Berliner Abendblattes, aus der man auf eine stille Krise schließen mußte, vollkommen unrichtig ist.

Eine unerwartete Ansprache

über die Kriegsschuldfrage im amerikanischen Senat.

Ganz unerwarteterweise kam es im amerikanischen Senat zu einer Debatte über die deutschen Reparationen und die Kriegsschuldfrage, als der Senator Copeland den Antrag stellte, einen Artikel über die Revision der Reparationen im Parlamentsbericht zum Ausdruck zu bringen. Der deutschfeindliche Senator Reed-Pennsylvania rief, Deutschland habe sich seiner enormen Kriegs- und Vorkriegsschulden durch Inflation entledigt und seine Gläubiger um ihr Geld gebracht. Sympathie für Deutschland sei nicht angebracht.

Senator Borah erklärte in seiner Erwiderung an Reed, er stimme der Behauptung Reeds nicht bei, daß Deutschland nicht exzessive Zahlungen zu leisten habe. Denn Deutschland sei bei Kriegsende fast aller seiner Mittel beraubt worden, um diese Reparationszahlungen zu erfüllen, z. B. seiner Handelsmarine und seiner Kolonien. Vor allem aber könne er der Behauptung nicht zustimmen, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage. Frankreich, England und andere Nationen, die in der politischen Situation von der Marokko-Affäre bis 1914 betrogen, müßten in gleicher Weise für den Weltkrieg verantwortlich gemacht werden.

Arbeitslosigkeit und kein Ende.

Die nachstehenden bemerkenswerten Darlegungen wurden uns mit der Bitte um Veröffentlichung übergeben. Bei der großen Bedeutung der darin angeschnittenen Frage kommen wir dieser Bitte gern nach. Redaktion.

Tausend Rezepte und keines brauchbar. Alles dreht sich im Kreise. Der Arbeitsmangel soll durch Arbeitszeitverkürzung behoben werden. Die Arbeitszeitverkürzung soll aber nach Ansicht eines großen Teiles der Arbeitnehmer keine Lohnverkürzung zur Folge haben, weil sonst die Kaufkraft der breiten Masse noch mehr sinkt, also der Warenumsatz noch mehr zurückgeht. Geht der Warenumsatz zurück, muß notwendigerweise die Fabrikation weiter eingeschränkt werden. Der Rückgang des Warenumsatzes und die Einschränkung der Fabrikation führen zur Existenzunfähigkeit zahlreicher Unternehmungen. Die Folge davon ist wieder, daß das Arbeits-

losenheer noch mehr vergrößert wird. Die für die Arbeitslosenunterstützung aufzubringenden Millionenbeträge bringen die Staatskassen in Unordnung. Neue Steuern müssen gefunden werden, die wieder die Einnahmen aller Bevölkerungsschichten schmälern.

Ganz Schlaue kamen auf die Idee, die jetzt für die Arbeitslosenunterstützung aufgewandten Beträge besser der Industrie zuzuführen zu lassen, damit diese die durch Arbeitszeitverkürzungen bei gleichbleibendem Lohn entstehenden Mehrausgaben damit zum Teil decken kann und so die unproduktiven Unterstützungsbeträge in produktive Leistungen umgewandelt werden können.

Alle Vorschläge sind zur Unfruchtbarkeit verdammt, wenn nicht die Grundübel, die zur Verarmung Deutschlands geführt haben, beseitigt werden: die handelspolitische Auswirkung des Versailler Vertrags, die unerträglichen Reparationslasten und die ausgebliebenen Verwaltungsapparate des Reiches, der Länder und der Städte. Diese Grundübel zu beseitigen, ist zwar eine schwere, aber die wichtigste Aufgabe der Vertreter des deutschen Volkes. Bis diese Aufgabe gelöst ist, müssen aber sämtliche Wirtschaftskreise alles tun, was in ihren Kräften steht, um einer weiteren Verarmung Deutschlands vorzubeugen, die Wirtschaftlichkeit zu heben und den Wohlstand des deutschen Volkes zu verbessern. Dazu kann jeder beitragen, wenn er sich dessen bewußt ist, daß er mit dem Erwerb irgendeines Artikels, der im Ausland hergestellt oder vom Ausland bezogen wird, die deutsche Wirtschaft schädigt. Deutschland ist, abgesehen von einigen Rohstoffen, bezüglich der Versorgung seiner Bevölkerung mit Industrie- und Handelswaren, Artikeln des täglichen Bedarfs und Lebensmitteln gänzlich unabhängig vom Ausland. Wir brauchen keine französischen Parfums und Weine, keine holländischen Gemüse, keine tschechischen Biere und dergleichen mehr. Die Tschechen propagieren systematisch den Boykott deutscher Waren. Von Gegenmaßnahmen in Deutschland hört man nichts.

Geradezu beschämend ist es, daß deutsche Verleger die Werke deutscher Gelehrter und deutscher Dichter im Ausland drucken lassen, weil dort infolge niedrigerer Löhne und verbilligter Produktionsmöglichkeiten die Herstellungspreise für Bücher etwas billiger sind. Jeder Deutsche, der ein deutsches Buch kauft, mühte sich vor dem Kauf davon überzeugen, ob das Buch eine deutsche Druckfirma trägt. Auch die deutsche Industrie und der deutsche Handel, die sich selbst bitter darüber beklagen, daß ihre Abnehmer wegen kleiner Vorteile vom Ausland kaufen, lassen vielfach ihre Kataloge und sonstige größere Drucksachen im Ausland anfertigen.



Ein Reiter der Südbahnhofkette.

die sich in Halle mit der Südbahnhofkette vereinigte. Im allgemeinen konnte der Reichsfestentritt, der das „Jahr des Pferdes“ würdig abschließt, programmäßig durchgeführt werden, so daß am Donnerstag die letzten Reiter ihr Ziel erreicht haben werden.

5 7 Uhr abends

Roman von Paul Glemos

Copyright by Maria Feuchtwanger, Halle (Saale)

Hornauer hat gewöhnlich eine Autodrosche am Peterplatz stehen. Sein Chauffeur bestätigte mir, daß gestern nachmittag am Peterplatz ein Herr und eine Dame sein Auto zu einer Fahrt in die Baumstraße mieteten.

„Wie heißt der Chauffeur?“

„Glehl.“

„Er ist auf alle Fälle auf zehn Uhr heute zu bestellen!“

„Schon gesehen.“

„Könnte Glehl eine Beschreibung der beiden Fahrgäste geben?“

„Nicht genau, aber doch so, daß wir annehmen dürfen, daß es sich um die Reese und ihren Mörder handelt. Er beschreibt den weiblichen Fahrgast mit strohblond, frechen Augen und einer Himmelfahrtsnase. Das dürfte die Reese sein. Und ihn schildert er als jung, glatt rasiert, mit graublauem Velourhut. Er glaubt, wenn er ihm gegenübergestellt wird, daß er ihn erkennt.“

„Sehr schön! Weiter.“

„Dann nahm ich mir ein Adressbuch und notierte mir sämtliche Hutgeschäfte in der Nähe des Peterplatzes. Zum Glück ist es keine sehr belebte Geschäftsgegend. Die Geschäfte da draußen haben sozusagen Provinzcharakter. Ich kloppte also vier Geschäfte ab. Im vierten hatte ich Erfolg. Gestern nachmittag gegen drei Uhr betrat ein junger Mann, glatt rasiert, ziemlich jung, stark norddeutsche Ausprägung, das Hutgeschäft Meyer und Co., um einen graublauen Velourhut zu kaufen.“

„Er betrat das Geschäft und erklärte sofort, er wolle einen graublauen Velourhut haben?“

„Natürlich. Und er hatte es außerordentlich eilig; den Hut nahm er, zahlte und verschwand.“

„Wer kann das bezeugen?“

„Die Verkäuferin. Ist schon von mir bezeugt. Glaubt ebenfalls bei Gegenüberstellung ihn wiederzuerkennen.“

„Und dann?“

„Dann trieb ich zu allem Ueberflus noch ein Paplerwarenläden auf, in dem gestern nachmittag ein sehr feiner Herr — wiederum jung, glatt rasiert, ziemlich dunkles Haar — sich Briefpapier kaufte. Die Verkäuferin erinnert sich daran noch genau, weil sie sich wunderte, daß ein so feiner Herr so gewöhnliches Briefpapier kaufte. Sie hatte ihm verschiedene Sorten vorgelegt, er aber entschied sich für eine ziemlich einfache, geschmacklose Ausführung.“

„Das klappt wirklich so, als ob Sherlock Holmes die Indizien selbst zusammengetragen hätte. Jetzt brauchen wir nur noch den Fingerabdruck.“

„Und den werde ich mir jetzt besorgen. Wir treffen uns um zehn Uhr im Theresienbau. Soll ich Handschellen mitbringen?“

„Ueberflüssig. Die Helmtücken sind alle feig.“

Diese Unterhaltung hatte Doktor Carlsen und Gambichler in ihrem Amtszimmer im Polizeipräsidium geführt. Dann trennten sie sich wieder, sozusagen nach politischem Grundsatze, daß getrennt marschiert und vereint geschlagen würde. Gambichler nahm den Weg zum Peterplatz und Doktor Carlsen den zum Untersuchungsrichter. Er wollte sich nämlich für alle Fälle einen Haftbefehl aushändigen lassen.

Einiges Kapitel.

Die Polizei beherrscht die Situation.

Pünktlich um zehn Uhr trafen sich die beiden Kommissare vor dem Theresienbau. Doktor Carlsen sah es seinem Kollegen an, daß alles geklappt hatte.

„Der Kerl scheint sich mehr als sicher zu fühlen“, schloß Gambichler seinen Bericht. „Sonst hätte er uns die Beweis nicht gar so handgreiflich geliefert.“

„Natürlich fühlte er sich sicher“, erwiderte Doktor Carlsen. „Er hat von allen Maßnahmen ja keine Ahnung und glaubte sich weit vom Schuß. Ich freue mich auf die

Augen, die er macht, wenn ich ihm in aller Harmlosigkeit die entscheidende Frage vorlege.“

Der Hammer schmunzelte; auch er freute sich. „Also, los!“ kommandierte er. „Glehl in den Fuchsbau!“ Unter dem Fuchsbau verstand er die Theresienanstalt.

„Wir müssen noch auf Zienbeil und Seiden warten“, versetzte der Hammer.

„Ist Rammont übrigens schon zur Stelle?“

„Rammont ist schon im Gebäude. Ich habe ihn heute vormittag vorsichtshalber beobachtet lassen. Er trat seinen Dienst pünktlich um acht Uhr an.“

„Die Beobachtung war zwar überflüssig“, meinte der Korkzieher. „Rammont hat sicher nicht mit ihm zusammengehandelt. Er wird bestimmt perplex sein.“

Zienbeil erschien, griesgrämig und mißgestimmt. Es schien das Schicksal der Juristen, die an dem Prozeß Andersen beteiligt waren, zu sein, daß sie die letzte Nacht durchwachen hatten.

„Sie haben drei Minuten Verspätung“, sagte der Korkzieher streng zu Rechtsanwalt Zienbeil.

Zienbeil hätte darauf antworten können, daß an dieser Verspätung Lilly Behrens schuld sei. Ihm hatte das Gewissen geschlagen, weil er sie gestern nacht so schlecht behandelt hatte. Und seit heute morgen war er auf der Suche nach ihr, um den Gang nach Kanossa anzutreten.

Es war ihm aber nicht geglückt, sie zu finden. Als er sie in ihrer Wohnung auffuchen wollte, wies ihn die Hauswirtsin zum Stadttheater, angeblich, weil Lilly Behrens dort probe; am Stadttheater hatte er erfahren, daß für Lilly Behrens eine Probe heute gar nicht angelegt sei.

Zu allem Ueberflus war er noch in die Wohnung der Andersen gegangen, um dort nach ihr Umschau zu halten; aber beide Damen waren nicht zu sprechen.

Hätte er gewußt, daß ihm diesen Streich der Korkzieher gespielt hatte, der Lilly Behrens gestern abend strenge Beilegung gegeben hatte, sich vor Zienbeil verteidigen zu lassen, so wäre das Barometer seiner Laune vermutlich noch weiter gefallen.

Gegen „Weltbeglückungspläne“

Rundgebung amerikanischen Unwillens.

In Washington nahm man am hohen Regierungssitz eine Veranlassung, die zahlreichen Dementis, die das Staatsdepartement in den letzten beiden Wochen auszugeben gezwungen war, durch eine Neuherstellung des Unwillens über die „verschiedenen Weltbeglückungspläne unserer Freunde in Europa“ nachdrücklich zu unterstützen. Mit Empfindung wurde erklärt, daß man keineswegs beabsichtige, die Verwendung der alliierten Schuldenzahlungen neu zu regeln, sondern an dem Programm festhalte, wonach die Zahlungen zur Abtragung der öffentlichen Schuld und zur Ermäßigung der Steuerlast des amerikanischen Volkes benutzt werden sollen. An der Behauptung, daß die amerikanische Regierung in Verhandlungen stehe, und eine Konferenz über einen Konfultativpakt oder über die Freiheit der Meere oder über eine Verpflichtung zu kriegerischen oder friedensstörenden Maßnahmen oder ähnlichem einzuberufen, sei, so wurde betont, kein Funken Wahrheit.

Es besteht nicht der geringste Grund zu der Annahme, daß Amerika sich mit Frankreich zur Aufrichtung eines Finanzblocks gegen irgend ein anderes Land verbündet habe. Alle diese Ideen würden dem amerikanischen Publikum gewissermaßen als Versuchsalternativen von Europa vorgelegt, und die amerikanischen Behörden müßten einen großen Teil ihrer Zeit darauf verwenden, diese Meldungen zu dementieren. Selbstredend sei es jetzt an der Zeit, diesen Gerüchten in Bausch und Bogen den Garaus zu machen.

Polnische Heuchelei

bei der Eröffnung des Ostoberschlesischen Sejms.

Der Wojwode Dr. Graczyński eröffnete in Katowice den Schlesischen Sejm. Anschließend an die Verlesung des Eröffnungsbekretes des Staatspräsidenten hielt der Wojwode eine Ansprache, in der er zunächst an die Zusammenarbeit aller politischen Parteien, ohne Rücksicht auf die parteipolitische Einstellung, appellierte. In seiner Ansprache erwähnte der Wojwode den Sejm, die Plattform der politischen Kämpfe zu verlassen und sich lediglich kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben zu widmen. Bei Besprechung der außenpolitischen Vorgänge, die die deutsche Note in Genf hervorgerufen haben, erklärte der Wojwode im Namen der Regierung, der Wahlkampf sei nicht speziell gegen die deutsche Minderheit geführt worden.

Die Behörden hätten nach Möglichkeit ihre Pflicht erfüllt, und alle Ausschreitungen würden ohne Rücksicht auf die nationale Zugehörigkeit der Täter verfolgt werden. Zum Schluß versicherte der Wojwode, daß die Regierung die ihr durch die internationalen Verträge vorgeschriebenen Schutzbestimmungen für die Minderheit in weitestgehender Weise ausführen werde, aber ebenso mit aller Entschiedenheit alle illegalen Erscheinungen, die sich im Zusammenhang „mit den Grenzrevolutionsabsichten“ zeigen sollten, mit aller Schärfe entgegenzutreten werde.

Nach der Wahl des Sejmarschalls, zu dem Rechtsanwalt Wolny wiedergewählt wurde, da die Opposition geschlossen für seine Wahl eintrat, wurde von der Korfanty-Partei ein Antrag auf sofortige Freilassung des Abgeordneten Korfanty eingebracht. Mit den Stimmen der Oppositionsparteien wurde die Dringlichkeit des Antrags anerkannt und der Antrag zur formellen Behandlung an die Geschäftsordnungs-Kommission mit der Weisung übergeben, innerhalb drei Tagen darüber zu beschließen. Die Sitzung wurde daraufhin auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Wirtschaftswoche.

Die Wirtschaftskonjunktur zeigt keinerlei Besserung. — Schlechte Konjunktur. — Auch die Bergwerke spüren die Produktionsrückgang. — Der Großhandelsindex. — Die wirtschaftlichen Auswirkungen der neuen Rotverordnungen. Die Rassenverhältnisse des Reiches. — Die Preisabbaufaktion. — Auch die Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes brachte keine Ergebnisse.

Nach den Berichten der preussischen Handelskammern ist die Wirtschaftslage fast in allen Zweigen schlecht. In der Weltwirtschaft habe sich die Lage noch weiter versteift, besonders in Amerika. Auch in Frankreich traten Anzeichen einer sinkenden Konjunktur in stärkerem Maße hervor. In Mitteleuropa habe sich der Konjunkturrückgang fortgesetzt. — In Deutschland ist im November die Zahl der Konkurse, die wegen Mangels an Masse eingestuft werden mußten, erheblich gestiegen. Während des ganzen Jahres war die Steigerung der Konkurszahlen beim Handel am größten, bei der Landwirtschaft am geringsten. Die in den letzten Monaten eingetretene Erleichterung bedeutet noch keine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Für die Produktionsrückgang bezeichnend ist der Kohlenvorrat bei den Bechen von fast 10 Millionen Tonnen, also dem Ergebnis von 30 Arbeitstagen. Die Aktienkurse haben einen Rekordtiefstand erreicht, obwohl die deutschen Unternehmungen im allgemeinen trotz der Depression rentabel sind.

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist mit 118.6 gegenüber der Vorwoche (119.5) um 0.8 Prozent gesunken. Die Indexziffern für die Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 110.6 (Rückgang 0.5 Prozent), Kolonialwaren 106.3 (minus 0.7), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 111.1 (minus 1.4 Prozent), industrielle Fertigwaren 143.6 (minus 0.3 Prozent). Im Monatsdurchschnitt November stellte sich der Gesamtindex auf 120.1 gegenüber 120.2 im Vormonat. Die Indexziffern für die Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 112.0 (gegen Vormonat plus 2.5 Prozent), Kolonialwaren 108.1 (plus 0.1 Prozent), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 112.9 (minus 1.1 Prozent), industrielle Fertigwaren 144.9 (minus 1.4 Prozent).

Die neue Rotverordnung der Reichsregierung, die jetzt auch der Reichstag gutgeheißen hat, bringt in neun Unterabschnitten Änderungen der Verordnung vom Juli. Sicherungen des Haushalts, Steuervereinfachung und Steuervereinheitlichung, Senkung von Real- und Verkehrssteuern, Finanzausgleich, Regelung von Fragen der Reichsbank, der Goldbörse, der Rentenbank, Wohnungswirtschaft, Schutz der Landwirtschaft und schließlich Vereinfachungen und Erparnisse in der Rechtspflege. Die Änderungen der Juli-Verordnung be-

ziehen sich auf Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Gemeindefinanzen. Leider hat sich wieder die Ohnmacht des Reiches gegenüber den Ländern und Gemeinden bei der Ausgabenbegrenzung und bei den Geschäftsführungen gezeigt, deren Durchführung man den Ländern überlassen mußte. Die Gemeinden werden übrigens durch die Rotverordnung wahrscheinlich noch nicht endgültig saniert. Die Landwirtschaft ist mit der Rotverordnung nicht zufrieden, weil sie die Dürftigkeit nicht anerkennt. Die anderen Berufsstände befürchten von dem Vermögensverlust im Brotgesetz ein weiteres Sinken des Brotverbrauchs. Beruhigend wirkte die Erklärung des Reichsfinanzministers, er brauche nicht, wie am Ende des vorigen Jahres, mit den Banken zu verhandeln; das Reich könne heute im Gegenteil allen seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommen.

Für die Reichsbank ist der Novemberultimo verhältnismäßig leicht verlaufen. Der Notenumlauf ist noch niedriger als im Oktober. — Die Preisabbaufaktion ist völlig ins Stocken geraten. Die Preise für viele Nahrungsmittel zeigen sogar steigende Tendenz. Im November ist die Lebenshaltungsziffer nur um 1.3 Prozent zurückgegangen, wobei die letzten Preissteigerungen noch gar nicht berücksichtigt sind. Ermäßigungen zeigen fast nur die Preise für Bekleidung.

Die Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes schloß ohne Ergebnisse. Die Ratifizierung des allgemeinen Handelsabkommens ist wiederum verschoben worden. Die Forderungen der Donaustaaten auf eine Vorzugsbehandlung wurden abgelehnt. Dadurch dürften aber Verhandlungen dieser Staaten mit Deutschland nicht unmöglich geworden sein. Das handelspolitische Verhältnis zu Polen dürfte sich noch verschärfen, falls Polen wirklich, wie berichtet wird, 70 Positionen seines Zolltarifs erhöhen sollte.

Verkehrsomnibus in den Straßengraben gefürzt.

fünfzehn Verletzte.

Ein mit zwanzig Personen besetzter Verkehrsomnibus geriet an einer Kurve nach der Donaubrücke in Dillingen an die linke Straßenseite und fuhr einige Meter im Graben. Bei dem Versuch des Chauffeurs, die Straße wiederzugewinnen,

führte der Omnibus um, die meisten Scheiben gingen in Trümmer und von den Insassen erlitten fünfzehn Personen Verletzungen, meistens Schnittwunden, Prellungen und Verstauchungen. Glücklicherweise waren alle Verletzungen nicht ernster Natur. Sanitätskolonnen und Ärzte waren rasch am Platz und legten Verbände an.

Aus aller Welt.

Reiterstaffette in Hensburg eingetroffen. Die große Reiterstaffette des Reitverbandes für Zucht und Prüfung deutschen Warmbluts ist teilweise beendet. Die in Südost-Preußen und Südwestdeutschland (Lörrach i. V.) gestarteten Staffeln mit den Völkern an unsere Landsleute in Hensburg legten nach der Vereinigung in Halle den letzten Teil der Strecke gemeinsam zurück und trafen in Lüneburg mit den Reitern des dritten Staffettenarmes zusammen, der vom Saargebiet nach Lissit führt. Nach kurzer Begrüßung wurde der Ritt fortgesetzt, und bald war die wieder von zahlreichen Automobilen und „anderen Mitläufern“ begleiteten Staffeltenträger in östlicher bzw. nördlicher Richtung verschwunden. Während die beiden Staffeln aus Preußen und Lörrach ihr Ziel Hensburg bis 16 Uhr erreicht hatten, wo sie begeistert begrüßt wurden, hatten die Reiter des dritten Armes noch ganz Mecklenburg, Pommern, West- und Ostpreußen zu durchqueren.

Nachricht von der deutschen Grönland-Expedition. Wie dem „Hamburger Fremdenblatt“ von einem Leser des Blattes mitgeteilt wird, habe dieser gestern ein privates Telegramm von einem Teilnehmer der deutschen Grönland-Expedition erhalten. Das Telegramm ist aufgegeben von der Weststation am 2. Dezember. Demnach dürften die Befürchtungen über das Schicksal der Expedition erfreulicherweise unbegründet sein.

Aus dem Auto gefürzt und totgebrückt. Am Ortsausgang von Mutterstadt verunglückte in der Nacht die 30 Jahre alte Kontoristin Jädel aus Ludwigshafen tödlich. Das Fräulein fuhr in Begleitung eines Kaufmanns aus Mannheim und ihrer Eltern im Auto durch Mutterstadt. Kurz vor dem Ortsausgang nach Maubach kam der Wagen auf den Schienen der Lokalbahn anscheinend ins Schleudern. Die Kontoristin öffnete die Wagentür, als das Auto umstürzte, wobei sie zwischen der offenen Tür und dem Boden des Kraftwagens erdrückt wurde.

Brand im Stadt. Altersheim Karlsruhe. In dem im Erdgeschoss liegenden Aufenthaltsraum des Stadt. Altersheimes Karlsruhe entstand auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise ein Brand, der den Aufenthaltsraum sowie angrenzende Zimmer völlig zerstörte. Während die Feuerwehr bereits tätig war, schlugen plötzlich die Flammen oben zum Dach hinaus. Das Feuer war infolge Funkenflugs durch einen Luftschacht auf den Dachstuhl übergesprungen, so daß für eine Zeitlang Großfeuergefahr bestand und die Polizei sich veranlaßt sah, den gefährdeten Flügel des Gebäudes von den Insassen zu räumen. Kurz vor 7 Uhr konnte ein Teil der Feuerwehr wieder abrücken. Der Brandschaden beläuft sich auf mehrere Tausend Mark.

Hirtenbuben aus der Großstadt ziehen heim. Vor kurzem hat eine größere Anzahl von Buben aus der Gegend von Welschenkirchen, die durch Vermittlung der Caritas in der Feldberggegend, im Bregtal bei Vöhrbach und in der Konstanzer Umgebung als Hülfsjungen bei den Bauern untergebracht waren, das badiische Land wieder verlassen, um in ihre Heimat zurückzukehren. Diese Großstadtkinder haben damit einen längeren Aufenthalt in der gesunden Luft und der kräftigen Ernährungswirtschaft des Schwarzwaldes und Bodensees erfahren, der sie alle sicher zu Fremden des badiischen Landes gemacht hat. Insgesamt waren es etwa 100 solcher Hirtenbuben aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, denen das badiische Land nicht nur gesunde Arbeit und kräftige Verpflegung, sondern auch das tiefe Erleben der unberührten Naturschönheit von Schwarzwaldbergen und Bodensee geschenkt hat, ein Erlebnis, das diese Jungen besonders im Gegensatz zu ihrer eigenen Heimat als praktischen landschaftsgeographischen Unterricht sicherlich nicht vermissen werden.

Schiffsladung im Hafen von Sual. Im Hafen von Sual ist der im Lokaldienst an der Adriatischen Küste verkeh-

rende Dampfer „Topola“ durch den hohen Seegang und heftigen Wind gegen den Hafentempel geschleudert worden. Durch die Wucht des Anpralls trat eine Verschiebung der Ladung ein. Das Schiff neigte sich stark auf die Seite und die an Deck befindlichen Passagiere wurden ins Meer geschleudert. 50 Passagiere konnten von herbeilebenden Fahrzeugen geborgen werden. Nach Angabe des Hafenkapitäns sind zwei Personen bei dem Unfall ums Leben gekommen und acht verletzt worden, darunter zwei schwer, jedoch besteht noch keine Gefahr dafür, daß tatsächlich alle ins Wasser Geschleuderten geborgen werden konnten.

Gerichtliches Nachspiel zur Leningrader Verkehrs-Katastrophe. — Fünfjährige Gefängnisstrafen. Wegen der Leningrader Verkehrs-Katastrophe von Anfang Dezember, bei der, wie seiner Zeit berichtet, infolge des Zusammenstoßes einer Straßenbahn mit einem Eisenbahnzug 28 Personen getötet und 19 verletzt wurden, hatten sich gestern 16 Angeklagte, die die Schuld an dem Unglück tragen sollen, vor dem Leningrader Gerichtshof zu verantworten. Der Prozeß endete mit der Verurteilung sämtlicher Angeklagten, und zwar erhielten die acht Hauptangeklagten, darunter der Stationschef und der Straßenbahnführer, eine Gefängnisstrafe von je 10 Jahren; die übrigen acht Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von einem Jahr bis zu 5 Jahren verurteilt.

Schweres Bauunglück in New York. In der Höhe des 10. Stockwerkes eines New Yorker Neubaus brach das Gerüst zusammen. Fünf Maurer stürzten in die Tiefe und wurden auf der Stelle getötet. Acht andere vermochten sich an herabhängenden Seilen festzuhalten und konnten durch die Fenster in das Haus gezogen werden.

Sport-Nachrichten.

Süddeutschland gegen Nord.

Fußball-Repräsentativspiel in Frankfurt.

Im Frankfurter Stadion geht am kommenden Sonntag wieder einmal ein Fußball-Großkampf in Szene. Die Verbände Süddeutschland und Norddeutschland stehen sich wieder einmal in einem Großkampf gegenüber. Schon oft haben die Vertreter des Südens mit den Reuten aus dem „rauen Norden“ die Rängen gekräftigt. Mehrfach haben sich die beiden Verbände in den Spielen um den Bundespokal des D. F. V. oder um den „Hamburger Fremdenblatt-Pokal“ gegenübergefunden. Und auch der „Goldpokal des Frankfurter Stadions“ ist schon zweimal von beiden Mannschaften umkämpft worden. Zweimal siegte der Süden und er gewinnt den Pokal endgültig, wenn — er am Sonntag wieder siegreich bleibt. Die Mannschaften stehen sich in folgender Aufstellung gegenüber:

Norddeutschland: Kramer (Holsen Kiel); Risse (H.S.V.), Meier (Arm. Hannover); Stöckel (Altona 93), Halvorsen (H.S.V.), Wolpers (Arm. Hannover); Voh, Ritter, Ludwig, Widmayer, Esser (alle Holsen Kiel);

Süddeutschland: Kref (Rot-Weiß Frankfurt); Schüb, Stubb (Eintracht Frankfurt); Engel (Rot-Weiß Frankfurt), Reinberger (Svva. Nürnberg), Heilmann (Bayern München); Welter, Daringer, Böttlinger (alle Bayern München), Lachner (München 1860), L. Hofmann (Bayern München).

Als Schiedsrichter wurde jetzt der Leipziger Fuchsb. bestimmt.

Wenn man beim Fußball nicht mit allen möglichen Zufälligkeiten rechnen müßte, könnte man zu diesem Treffen dem Süden einen klaren Sieg prophezeien; zumal die süddeutsche Elf durchaus mit einer „Länderelf“ zu vergleichen wäre. Dennoch wird man aber gut tun, die Norddeutschen nicht zu unterschätzen. Der Kieler Sturm hat in den letzten Meisterschaftsspielen so manche Überraschung gebracht und auch gegen die Frankfurter Vertiefung haben die Kieler in der Zwischenrunde zur Deutschen Meisterschaft schon einmal recht erfolgreich gespielt. Trotzdem rechnen wir mit einem knappen, aber sicheren süddeutschen Sieg.

Süddeutscher Verbandstag in Sicht . . .

Spielekommission tritt in Aktion.

Der süddeutsche Verbandstag 1931, der nach dem Nürnberger Beschluß in Stuttgart abgehalten wird, kommt dort am 9. und 10. Mai zur Durchführung. Neben allen anderen üblichen Dingen wird sich dieser Verbandstag mit der unerquicklichen Frage des Spielstems zu befassen haben.

Die aus den einzelnen Bezirken gewählte Kommission, der die auftragbare Aufgabe zufällt, ein tragbares System auszumachen, ist jetzt zusammengestellt worden und hat folgendes Aussehen: Achthausen und Treupel-Nürnberg (Gruppe Nordbayern), Landauer-München und Schöffel-Wilm (Südbayern), Walzenegger-Stuttgart und Späth-Stuttgart (Württemberg), Schneider-Karlsruhe und Heberer-Freiburg (Baden), Preiß-Frankfurt und Pfeiffer-Ortenheim (Main), Esser-Darmstadt und Krauß-Schulz-Pfungstadt (Hessen), Regels-Ludwigshafen und Bender-Heidelberg (Rhein), Keller-Saarbrücken und Jost-Saarbrücken (Saar). Zu diesen Herren hat der D. F. V. noch die Herren Flierl, Wöhlischlegel und Tsch. delegiert.

Keine Verbindlichkeitsklärung des Bolle-Schiedsrichters.

Berlin, 11. Dez. In dem Lohnkonflikt bei der Meterei Bolle hat der Schlichter Dr. Wiffel heute seine Entscheidung getroffen. Die von Arbeitgeberseite beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters des Schlichtungsausschusses, der einen Lohnabbau von etwa 4.6 Prozent im Durchschnitt vorschlägt, ist vom Schlichter abgelehnt worden. Die Funktionäre der Bolle-Arbeiter werden heute nachmittag zu der dadurch geschaffenen Lage Stellung nehmen.

Die Zusammenstöße auf der Reeperbahn. — Ein Toter.

Hamburg, 11. Dez. Gestern nachmittag bildeten sich Ansammlungen in Saint Pauli. Einschreitende Polizeibeamte wurden mit Steinwürfen empfangen und machten deshalb von ihren Gummistöcken Gebrauch. In der Reeperbahn erfolgten weitere Angriffe auf die Polizei, die darauf bedrängt wurde, daß sie mehrere Schüsse abgeben mußte. Die Menge floh auseinander. Ein 19-jähriger Bader erlitt eine schwere Kopfverletzung und starb bei der Einlieferung ins Krankenhaus. Ein zweiter Demonstrations Teilnehmer soll verletzt sein, doch konnten die bezüglichen Feststellungen noch nicht getroffen werden.

Abgelehnter Schiedspruch.

Essen, 11. Dez. Der Schiedspruch für die rheinisch-westfälischen Straßenbahner, der ab 1. Januar 1931 eine Lohnherabsetzung von 6 Prozent vorsah, ist von den Gewerkschaften abgelehnt worden, während die Arbeitgeber ihn angenommen haben und seine Verbindlichkeitsklärung beantragen werden.